



## **Integrationsausschuss**

### **26. Sitzung (öffentlich)**

30. April 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:05 Uhr

Vorsitz: Arif Ünal (GRÜNE)

Protokoll: Thilo Rörtgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

**1 Regelung der Verleihung von Körperschaftsrechten an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (Körperschaftsstatusgesetz) 5**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der Fraktion der FDP und  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/4151  
Ausschussprotokoll 16/504

Der Ausschuss kommt überein, die weitere Beratung des  
Gesetzentwurfs zu vertagen.

**2 Sprachliche Bildung geschieht im Alltag – Sprachförderung im Elementarbereich neu ausrichten** **7**

Antrag  
der Fraktionen der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/4426

Entschließungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/4499

Ausschussprotokoll 16/506

Der Ausschuss beschließt, die Beratung der Anträge zu vertagen.

**3 „Birlikte – Zusammenstehen“: Kölner Gedenken an die Opfer des Nagelbombenanschlags unterstützen** **8**

Antrag  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der Fraktion der FDP und  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/5265 (Neudruck)

Der Ausschuss kommt überein, die abschließende Beratung und Abstimmung des Antrags in der auswärtigen Sitzung in Köln am 9. Juni durchzuführen.

**4 Freizügigkeit klug gestalten: Not sehen, wirksam helfen** **10**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/5490

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung. Diese Anhörung soll in die bereits beschlossene Anhörung zu dem Antrag der CDU „Landesregierung muss Hilfen für von Armutszuwanderung betroffene Städte leichter zugänglich machen“ Drucksache 16/5042 und dem Entschließungsantrag der FDP „EU-Freizügigkeit sichern, Sorgen von Kommunen und Bürgern ernst nehmen,

Problemen der Armutsmigration offensiv begegnen“  
Drucksache 16/5095 eingebunden werden.

- 5 Freizügigkeit klug gestalten: Schlepperbanden und Missbrauch bekämpfen** **12**
- Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/5489
- Der Ausschuss beschließt, die weitere Behandlung des Antrags zu vertagen, bis der federführende Innenausschuss sein weiteres Vorgehen festgelegt hat.
- 6 Studie „Diskriminierung am Ausbildungsmarkt“ des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration** **14**
- Bericht der Landesregierung
- Bericht durch Minister Guntram Schneider (MAIS) 14
  - Aussprache 17
- 7 Fachgespräch „Anonymisierte Bewerbungen und Antidiskriminierungskurse“ der Sprecherinnen und Sprecher** **20**
- Auswertung
- Aussprache 20
- 8 Einbeziehung islamischer Verbände in die Weiterentwicklung des Instituts für islamische Studien an der Universität Münster** **24**
- Bericht der Landesregierung
- Aussprache 24
- 9 Verschiedenes** **27**
- Der Ausschuss beschließt, die nach dem Terminplan für den 17. September 2014 vorgesehene Ausschusssitzung ausfallen zu lassen. 27

\* \* \*

## Aus der Diskussion

### 1 **Regelung der Verleihung von Körperschaftsrechten an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (Körperschaftsstatusgesetz)**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der Fraktion der FDP und  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/4151  
Ausschussprotokoll 16/504

**Vorsitzender Arif Ünal** teilt mit, das Plenum habe in seiner 41. Sitzung am 16. Oktober 2013 den Gesetzentwurf an den Hauptausschuss – federführend – sowie an fünf weitere Ausschüsse, unter anderem den Integrationsausschuss, zur Mitberatung überwiesen.

In der Sitzung am 6. November 2013 habe der Integrationsausschuss beschlossen, sich an einer Anhörung im federführenden Ausschuss im Rahmen einer Pflichtsitzung zu beteiligen. Die Anhörung habe am 20. März 2014 stattgefunden. Das Anhörungsprotokoll liege noch nicht vor. Heute sei noch keine Abstimmung über den Gesetzentwurf vorgesehen, weil der Hauptausschuss die Auswertung der Anhörung erst in seiner Sitzung am 8. Mai 2014 vornehmen werde.

Die FDP-Fraktion habe die Frage aufgeworfen, warum die KRM zu der Anhörung nicht eingeladen worden sei. Tatsächlich sei eine Panne passiert. In Anbetracht dessen sei die KRM angeschrieben worden mit der Bitte, eine schriftliche Stellungnahme abzugeben, die dann natürlich in die Beratungen einbezogen werde. Insofern könne heute nur die mündliche Anhörung ausgewertet werden.

**Serap Güler (CDU)** betont, es sei kein Versehen gewesen, KRM nicht zu der Anhörung einzuladen. Ihres Wissens habe die Piratenfraktion die Einladung von KRM explizit vorgeschlagen. Sie bezweifle, dass eine schriftliche Stellungnahme von KRM ausreiche. Insofern stelle sich die Frage, ob nicht eine zweite mündliche Anhörung durchgeführt werden sollte.

**Vorsitzender Arif Ünal** sagt, KRM sei mit der von ihm genannten Vorgehensweise einverstanden. Um das Gesetz möglichst schnell in Kraft zu setzen, rege er an, entsprechend vorzugehen.

**Ibrahim Yetim (SPD)** hält eine Auswertung der Anhörung ohne die Stellungnahme von KRM und ohne das Anhörungsprotokoll nicht für sinnvoll und schlägt vor, die Auswertung der Anhörung zu vertagen.

**Simone Brand (PIRATEN)** schließt sich dem Vorschlag des Abgeordneten Yetim an.

Des Weiteren hätten die Anzuhörenden einige Aspekte aufgezeigt, die den Gesetzentwurf nicht zustimmungsfähig machten. Insofern gehe sie davon aus, dass noch ein Änderungsantrag eingebracht werde.

Der **Ausschuss** kommt überein, die weitere Beratung des Gesetzentwurfs zu vertagen.